

## **Ä52** Solidarität mit der Ukraine

Antragsteller\*in: Landesvorstand  
Beschlussdatum: 24.03.2022

### Änderungsantrag zu D2

#### **In Zeile 17 einfügen:**

Unsere Gedanken und unsere Solidarität sind bei den Menschen in der Ukraine. Wir halten zusammen für Frieden und Menschenrechte! Wir Brandenburger Bündnisgrüne unterstützen die schnelle Aufnahme von Geflüchteten in Brandenburg. Wir unterstützen aktiv die Sammlung und den Transport von Hilfsgütern in die Ukraine, aber auch die Integration der geflüchteten Ukrainer\*innen in unseren Kommunen. Wir setzen uns für eine niedrigschwellige psychosoziale Begleitung der Menschen bei uns vor Ort ein.

#### **Begründung**

Aufnahme des Kernanliegens von D1, der zur weiteren Qualifizierung in den Parteirat überwiesen wird. Absprache mit Barbara Domke ist erfolgt.

#### **Unterstützer\*innen**

Ken Gericke (KV Potsdam); Uwe Fröhlich (KV Potsdam); Isabell Knepper (KV Potsdam)

## **Ä53** Solidarität mit der Ukraine

Antragsteller\*in: Antonius Naumann (KV Potsdam)

### Änderungsantrag zu D2

#### **Nach Zeile 14 einfügen:**

Die Importe von Öl, Gas und Kohle aus Russland müssen wir schnellstmöglich beenden, um Putin die finanziellen Mittel für den Krieg zu entziehen. In Brandenburg kommt uns dabei aufgrund der starken Abhängigkeit von russischem Öl und Gas eine besondere Verantwortung zu. Wir müssen deshalb im Land Brandenburg kurzfristig Öl- und Gasverbrauch senken, die Energie-, Wärme- und Verkehrswende auch auf Landesebene beschleunigen und alternative Wege der Rohstoffversorgung für die betroffenen Industrien entwickeln.

#### **Begründung**

Besonders nach der Übernahme der Rohölraffinerie in Schwedt durch den russischen Ölkonzern Rosneft steht Brandenburg (und auch Berlin) in starker Abhängigkeit von russischem Öl. Laut rbb-Bericht (<https://www.rbb24.de/studiofrankfurt/beitraege/2022/03/pck-schwedt-rosneft-sanktionen.html>) erfolgt über 90% der Brandenburger und Berliner Benzin-, Kerosin-, Diesel- und Heizölversorgung durch die - mit russischem Öl aus der Pipeline "Freundschaft" betriebene - Raffinerie in Schwedt. Eine Umstellung ist langwierig und kostenintensiv, Alternativen zu schaffen deshalb umso wichtiger. Aus dieser Abhängigkeit folgt eine starke Verantwortung Brandenburgs, die mit diesem Änderungsantrag deutlicher hervorgehoben werden soll.

#### **Unterstützer\*innen**

Carolin Herrmann (KV Potsdam); Tom Ritter (KV Teltow-Fläming); Paul Bonte (KV Frankfurt-Oder); Gerrit Alino Prange (KV Potsdam); Viviane Triems (KV Potsdam); Anna Sophie Emmendorffer (KV Potsdam-Mittelmark); Simon Kohls (KV Potsdam-Mittelmark); Robert Funke (KV Barnim); Peer Schwiders (KV Frankfurt-Oder); Robert Sperfeld (KV Potsdam); Isabell Knepper (KV Potsdam)

## Ä54 Solidarität mit der Ukraine

Antragsteller\*in: Tom Ritter (KV Teltow-Fläming)

### Änderungsantrag zu D2

#### In Zeile 12:

Waffen bringen nie Frieden. ~~Trotzdem sind Waffentieferungen in die Ukraine zur Selbstverteidigung (gemäß Art. 51 der UN-Charta) in Zeiten wie diesen notwendig! Wir unterstützen jedoch alle Bemühungen mit Putin in einen diplomatischen Dialog und Friedensverhandlungen zu treten.~~ Wir unterstützen Bemühungen mit Putin in einen diplomatischen Dialog und Friedensverhandlungen zu treten. Es geht um die Menschen vorort, welche nicht für den Krieg verantwortlich sind.

#### Begründung

Darüber wird schon in der Aufzählung genannt *„die Lieferung von Lebensmitteln, Trinkwasser, Material, Schutzwaffen und Ausstattung in die Ukraine“*. Hier also das Liefern von Todeswaffen als *„notwendig“* zu betiteln ist weit entfernt von einer Friedenspartei und einer diplomatischen Lösung. Lasst uns in diesem Abteil klar machen: Es geht um die MENSCHEN - um das Leben.

## **Ä55** Solidarität mit der Ukraine

Antragsteller\*in: Uwe Fröhlich (KV Potsdam)

### Änderungsantrag zu D2

#### **In Zeile 17 einfügen:**

Unsere Gedanken und unsere Solidarität sind bei den Menschen in der Ukraine. Wir halten zusammen für Frieden und Menschenrechte! Wir Brandenburger Bündnisgrüne unterstützen die schnelle Aufnahme von Geflüchteten in Brandenburg. Auf Grund der akuten Überlastung der Unterstützungssysteme in Polen sowie zur Minimierung der Unsicherheiten und Bürokratie für Kriegsflüchtlinge ohne ukrainischen Pass, ist es dringend geboten, Überstellungen nach Polen zunächst auszusetzen. Wir unterstützen aktiv die Sammlung und den Transport von Hilfsgütern in die Ukraine, aber auch die Integration der geflüchteten Ukrainer\*innen in unseren Kommunen.

#### **Begründung**

Mit diesem Änderungsantrag wollen wir im Rahmen des Antrags, Geflüchtete in besonderen Lebenslagen berücksichtigen. Damit entlasten wir unser Nachbarland Polen, welches momentan die hauptsächliche Last bei der Aufnahme und Annahme von Asylanträgen aller Nationalitäten trägt.

#### **Unterstützer\*innen**

Wiebke Bartelt (KV Potsdam)

## Ä14 Halbzeit: Wir erneuern Brandenburg!

Antragsteller\*in: Heinz-Herwig Mascher

### Änderungsantrag zu L1

#### Von Zeile 21 bis 22:

**Energiewende vorantreiben, 100% Erneuerbare Energien bis 2030:** Der vorgezogene Kohleausstieg kommt, das steht spätestens seit dem Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung auf Bundesebene fest. Für uns in Brandenburg ist das ein großer Erfolg, weil einmal mehr klar ist, dass keine Dörfer mehr abgebaggert werden und mehr klimaschädliche Braunkohle im Boden bleibt. Die große Aufgabe, auf 100% Erneuerbare Energien umzustellen stellt sich bundesweit. Auch Brandenburg muss seinen Anteil leisten. Die vom SPD-Energieministerium vorgestellte Energiestrategie wird diesem Anspruch leider noch nicht gerecht. Hier gilt es: mit dem Instrument des Klimaplanes und mit dem Rückenwind der veränderten Rahmenbedingungen auf Bundesebene muss die Landesregierung konkreter werden und den Ausbau der Erneuerbaren Energien aktiver vorantreiben. Dafür kämpfen wir in der Koalition! Das Ziel ist klar: **mindestens mehr als** 2% der Landesfläche für Windenergie. Wir pochen auf den Koalitionsvertrag und werden darauf drängen, die Regionalplanung zu ändern, um dieses Ziel zu erreichen.

#### Begründung

Die neue Bundesregierung geht vom Zwei-Prozent-Ziel für ganz Deutschland aus. Die Voraussetzungen sind aber in den verschiedenen Bundesländern ungleich (Siedlungsdichte, Naturschutzflächen, Windhöufigkeit usw). Brandenburg wird da wesentlich mehr liefern müssen als bislang diskutiert.

#### Unterstützer\*innen

Florian Winkler (KV Uckermark)

## Ä15 Halbzeit: Wir erneuern Brandenburg!

Antragsteller\*in: Heinz-Herwig Mascher

### Änderungsantrag zu L1

#### Von Zeile 29 bis 30:

**Biodiversität bewahren, unsere Natur schützen:** Für den Schutz der Natur des Landes Brandenburg wenden wir viel Kraft auf. Das Brandenburger Umweltministerium unter Axel Vogel hat hier viel Zählbares erreicht. Um das professionelle Rückgrat der Schutzgebiete zu stärken, haben wir für mehr Personal in Biosphärenreservaten wie Spreewald, Schorfheide-Chorin und Flusslandschaft Elbe Brandenburg gesorgt. Auch für die elf Naturparke haben wir Nachwuchsstellen geschaffen. Für das Weltnaturerbe Buchenwald Grumsin konnten wir ebenso zusätzliche Naturwachtstellen finanzieren. Den Naturpark Stechlin-Ruppiner Land haben wir erweitert. Dem Naturpark Schlaubetal haben wir ein Besucherinformationszentrum gefördert. An der Elbe haben wir mit 30 km Grünem Band an der ehemaligen innerdeutschen Grenze einen Teil des größten deutschen Biotopverbundsystems mitschaffen können. Die Unterstützung der Naturschutzverbände konnten wir erhöhen etwas erhöhen, allerdings müssen bei der Verkürzung von Planungszeiten und der anstehenden Antragsflut für neue Energieanlagen und -leitungen auch die Möglichkeiten einer sachgerechten Beteiligung dieser Verbände gesichert und materiell ausgebaut werden. Der Artenvielfalt zuliebe arbeiten wir daran, im Sinne der Biodiversitätsstrategie des Bundes die Wildnisfläche ohne Bewirtschaftung von einem auf zwei Prozent der Landesfläche zu erhöhen.

### Begründung

Im Koalitionsvertrag ist von einer Pflicht der genannten Verbände die Rede, sich an Planungsvorhaben zu beteiligen. Es wird eine Verkürzung der Planungszeiten, die Präklusion (zu spät ins Verfahren eingebrachte Punkte werden nicht mehr Verfahrensgegenstand, z.B. zu spät entdeckte Vogelhorste) und sogar die Legalplanung per Bundestagsbeschluss debatiert. Die Energiewende wird ein Vielfaches von Projekten im Bereich EEG im Vergleich zu heute erforderlich machen. Planungsbehörden und Gerichte sollen personell verstärkt werden. Dem muß auch eine entsprechende Verstärkung des Personals im Landesbüro der Naturschutzverbände gegenüberstehen. Mit den finanziellen Mitteln der Verbände können aber jetzt schon die vorhandene Pfen Mitarbeiterinnen nicht gehalten werden. Wer Pflichten auferlegt (Staat), muß dem Verpflichteten auch die Chance geben, dem nachzukommen!

## Ä18 Halbzeit: Wir erneuern Brandenburg!

Antragsteller\*in: LAG Digitales und Medien

Beschlussdatum: 18.03.2022

### Änderungsantrag zu L1

#### Von Zeile 36 bis 37 einfügen:

**Bildung und Schulen stärken:** Auch unser Bildungssystem und unsere Schulen wurden in der Corona Pandemie mit vielen Härten und Herausforderungen konfrontiert. Besonders für Kinder und Jugendliche war die Zeit der Lockdowns nicht einfach. Gerade dann, wenn wichtige soziale Entwicklungsschritte nicht gemacht werden konnten und der Kontakt zu Lehrer\*innen und Klassenkamerad\*innen verloren gegangen ist. Soziale Ungleichheiten werden dadurch weiter verschärft. Das Programm des Bundes „Aufholen nach Corona“ haben wir mit Landesmitteln noch einmal verdoppelt, um zwei Jahre lang 200 zusätzliche Lehrkräfte und 54 Stellen Schulsozialarbeit finanzieren zu können. Dies ist ein guter erster Schritt. Um unsere Schulen dauerhaft mit dem dringend benötigten Personal auszustatten, werden wir uns in der zweiten Hälfte der Legislatur für multiprofessionelle Teams in Schulen einsetzen. Außerdem wird der Ausbau von Schulen für gemeinsames Lernen einen Schwerpunkt unserer Bildungspolitik bilden, genauso wie die Umsetzung des „Startchancenprogramms“ des Bundes, mit dem z.B. in Barrierefreiheit investiert wird, .

Transparenz durch offene Daten: Wir Bündnisgrüne setzen auf Offenheit und Transparenz. Mit zunehmender Digitalisierung muss sich deshalb auch der Stil von Politik und Verwaltung hin zu mehr Transparenz und Mitbestimmung wandeln und proaktiv den Austausch mit Wissenschaft und Zivilgesellschaft befördern. Mit gut strukturierten offenen Daten nach dem Prinzip “open-by-default” wollen wir den Datenschatz der Verwaltung für die Gesellschaft nutzbar und Verwaltungsvorgänge transparenter machen. Dafür haben wir mit dem Open-Data-Beschluss des Landtages bereits den Grundstein gelegt und werden bis Ende der Legislaturperiode ein umfangreiches Open-Data-Gesetz vorlegen.

#### Begründung

erfolgt mündlich

#### Unterstützer\*innen

Florian Winkler (KV Uckermark)

## Ä19 Halbzeit: Wir erneuern Brandenburg!

Antragsteller\*in: LAG Digitales und Medien  
Beschlussdatum: 18.03.2022

### Änderungsantrag zu L1

#### **Von Zeile 36 bis 37 einfügen:**

**Bildung und Schulen stärken:** Auch unser Bildungssystem und unsere Schulen wurden in der Corona Pandemie mit vielen Härten und Herausforderungen konfrontiert. Besonders für Kinder und Jugendliche war die Zeit der Lockdowns nicht einfach. Gerade dann, wenn wichtige soziale Entwicklungsschritte nicht gemacht werden konnten und der Kontakt zu Lehrer\*innen und Klassenkamerad\*innen verloren gegangen ist. Soziale Ungleichheiten werden dadurch weiter verschärft. Das Programm des Bundes „Aufholen nach Corona“ haben wir mit Landesmitteln noch einmal verdoppelt, um zwei Jahre lang 200 zusätzliche Lehrkräfte und 54 Stellen Schulsozialarbeit finanzieren zu können. Dies ist ein guter erster Schritt. Um unsere Schulen dauerhaft mit dem dringend benötigten Personal auszustatten, werden wir uns in der zweiten Hälfte der Legislatur für multiprofessionelle Teams in Schulen einsetzen. Außerdem wird der Ausbau von Schulen für gemeinsames Lernen einen Schwerpunkt unserer Bildungspolitik bilden, genauso wie die Umsetzung des „Startchancenprogramms“ des Bundes, mit dem z.B. in Barrierefreiheit investiert wird, .

**Digitale Verwaltung voranbringen:** Das Onlinezugangsgesetz (OZG) verpflichtet Bund, Länder und Kommunen bis Ende 2022 ihre Verwaltungsleistungen auch digital anzubieten. Eine hohe Nutzerorientierung und möglichst einheitliche Umsetzung stehen für uns dabei im Mittelpunkt. Um dies zu erreichen, fordern wir den nachhaltigen Aufbau von Digitalkompetenz in öffentlicher Verwaltung und Schritte hin zu einer digitalisierungsfreundlichen Organisationskultur. Wir setzen uns dafür ein, die öffentliche Verwaltung zu einer attraktiven Arbeitgeberin für digital affine Berufsgruppen und IT-Fachkräfte zu entwickeln.

#### **Begründung**

erfolgt mündlich

#### **Unterstützer\*innen**

Florian Winkler (KV Uckermark)



## Ä43 Halbzeit: Wir erneuern Brandenburg!

Antragsteller\*in: Lydia Budiner (KV Oberhavel)

### Änderungsantrag zu L1

#### **Von Zeile 21 bis 22 einfügen:**

**Energiewende vorantreiben, 100% Erneuerbare Energien bis 2030:** Der vorgezogene Kohleausstieg kommt, das steht spätestens seit dem Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung auf Bundesebene fest. Für uns in Brandenburg ist das ein großer Erfolg, weil einmal mehr klar ist, dass keine Dörfer mehr abgebaggert werden und mehr klimaschädliche Braunkohle im Boden bleibt. Die große Aufgabe, auf 100% Erneuerbare Energien umzustellen stellt sich bundesweit. Auch Brandenburg muss seinen Anteil leisten. Die vom SPD-Energieministerium vorgestellte Energiestrategie wird diesem Anspruch leider noch nicht gerecht. Hier gilt es: mit dem Instrument des Klimaplan und mit dem Rückenwind der veränderten Rahmenbedingungen auf Bundesebene muss die Landesregierung konkreter werden und den Ausbau der Erneuerbaren Energien aktiver vorantreiben. Dafür kämpfen wir in der Koalition! Das Ziel ist klar: Nicht nur die Energiebereitstellung, sondern auch neue Technologien sind Teil der Lösung- mit PV und Windenergie steht nur ein Teil der Lösung- wir benötigen erneuerbare aus anderen Ländern mit mehr Sonne (bspw. Spanien, Afrika)ohne die geht es nicht! Und ohne neue Technologien auch nicht, denn wir sind derzeit nicht in der Lage Altbestände im Bereich Mehrfamilienhäuser nachhaltig ohne die Nutzung fossiler Energieträger zu versorgen. Ohne eine nachhaltige Lösung zur energetischen Sanierung des Mehrfamilienhausbestandes wird es keine Lösungen ohne fossile Energieträger in Deutschland geben - daher müssen wir auch in Brandenburg in Wissenschaft investieren: intelligente Gebäudeanstriche, neue Technologien müssen erforscht und die Forschung subventioniert werden. Natur und Artenschutz nicht gegen das Ziel mindestens 2% der Landesfläche für Windenergie ausspielen. Wir pochen auf den Koalitionsvertrag und werden darauf drängen, die Regionalplanung zu ändern, um dieses Ziel zu erreichen.

## Ä48 Halbzeit: Wir erneuern Brandenburg!

Antragsteller\*in: Isabell Hiekel

### Änderungsantrag zu L1

#### Von Zeile 13 bis 14:

**Naturschutz und Tierwohl voranbringen:** ~~Wir arbeiten unter anderem an einem Moorschutzprogramm und schützen damit eines der für den Klimaschutz wichtigsten Ökosysteme. Wir stemmen uns gegen die verheerenden Pläne Polens zum Ausbau der weitgehend frei fließenden, naturnahen Oder. Unser Umweltministerium fördert den Umbau von Brandenburgs Wäldern hin zum widerstandsfähigen Klimawald.~~ Wir stemmen uns gegen die verheerenden Pläne Polens zum Ausbau der weitgehend frei fließenden, naturnahen Oder und wollen damit auch Beeinträchtigungen für unseren Nationalpark „Unteres Odertal“ verhindern. Unser Umweltministerium arbeitet am den Umbau von Brandenburgs Kiefernforsten hin zu widerstandsfähigen, klimaresilienten Mischwäldern und bringt in diesem Zusammenhang auch ein modernes Jagdgesetz auf den Weg. Wir haben durch strengere Vorschriften und durch ein eigens etabliertes Kontrollteam Tiertransporte dafür gesorgt, dass Tiertransporte besser kontrolliert werden und messbar weniger aus Brandenburg in Richtung Drittstaaten starten. Perspektivisch wollen wir sie in Zusammenarbeit mit unseren Mitstreiter\*innen im Bund, auf EU-Ebene und in den anderen Ländern komplett abschaffen. Mit den Volksinitiativen zum Insektenschutz arbeiten wir an einem effektiven Artenschutz. Bei der Bekämpfung der Geflügelpest haben wir bundesweit erstmalig darauf geachtet, dass nicht - wie in anderen Ländern - in ganzen Landkreisen eine Aufstallungspflicht für Geflügel ausgesprochen wird, sondern nur in genau definierten Risikoregionen.

## Ä50 Halbzeit: Wir erneuern Brandenburg!

Antragsteller\*in: Isabell Hiekel

### Änderungsantrag zu L1

#### Von Zeile 31 bis 32:

**Dürren & Überschwemmungen: Klimaanpassung ~~auch~~ in Brandenburg:** Unser klares Ziel ist die Bekämpfung der Klimakrise. Sie durch mutige und lohnenswerte Veränderungen in vielen Politikfeldern in einem kontrollierbaren Rahmen zu halten, ist die entscheidende Herausforderung der kommenden Jahre. Dennoch ist die Krise bereits vorangeschritten und wir müssen mit den Folgen bereits im Hier und Jetzt umgehen: Wir erleben schon jetzt einen Anstieg der Erderhitzung und auch in Brandenburg spüren wir die konkreten Auswirkungen, wie z.B. bei den jüngsten Überschwemmungen in der Uckermark oder bei sommerlichen Waldbränden aufgrund von Hitze- und Dürreperioden. Um diesen Entwicklungen zu begegnen, werden wir in Brandenburg ~~die Klimaanpassungsstrategien konsequent weiter verfolgen~~eine ressortübergreifende Klimaanpassungsstrategie auf den Weg bringen. Ein erster Schritt war die Erste Schritte sind mit der Erstellung des ~~Niedrigwasserkonzepts~~Gesamtkonzeptes zur Klimaanpassung im Politikfeld Wasser und dem hierin eingebetteten Niedrigwasserkonzept gemacht, Es geht nun auch darum, in einem breiten gesellschaftlichen Diskurs konkrete Maßnahmen zu entwickeln und umzusetzen, um ~~abnehmendem Wasserangebot bei anhaltender Trockenheit~~den Wasserverbrauch zu ~~begegnen~~senken, den Wasserrückhalt in der Landschaft zu verbessern und die Grundwasserneubildung zu fördern. Dafür wollen wir uns mit aller Kraft einsetzen, um auch künftigen Generationen eine stabile Wasserversorgung zu gewährleisten. Wir unterstützen Kommunen bei Konzepten für die Bewältigung von Starkregen-Ereignissen. Wir haben einen Hitzeaktionsplan aufgelegt, um Menschen vor extremer Hitze besser schützen zu können. Außerdem hat das Landwirtschaftsministerium Projekte zu klimagerechter Landnutzung und nachwachsenden Rohstoffen unter wissenschaftlicher Begleitung gestartet.

**Ä12** Rechtsextremist\*innen das Einfallstor verschließen: keine Instrumentalisierung der Pandemie zulassen

Antragsteller\*in: Heinz-Herwig Mascher

## Änderungsantrag zu V1

### **Von Zeile 2 bis 3 einfügen:**

Unangemeldete Versammlungen, bei denen konsequent gegen das Infektionsschutzgesetz und versammlungsrechtliche Auflagen, Gesetze und Verordnungen verstoßen wird, richten sich nur vermeintlich gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie. Den Initiator\*innen geht es um etwas anderes. Sie lehnen den demokratischen Staat ab und heizen mit Widerstands-Rhetorik die Stimmung immer weiter an. Wer hier mitläuft, unterstützt die größte rechtsextreme Mobilisierung seit Jahrzehnten.

### **Begründung**

Passendere Formulierung. Auch die DDR-Opposition lehnte "den Staat" ab.

**Ä13** Rechtsextremist\*innen das Einfallstor verschließen: keine Instrumentalisierung der Pandemie zulassen

Antragsteller\*in: Heinz-Herwig Mascher

## Änderungsantrag zu V1

### In Zeile 10:

Eine Umdeutung und Verharmlosung rechtsextremer Proteste durch die Verwendung von Begriffen wie "bürgerlich" oder "Spaziergang" lehnen wir ab, ebenso die Gleichsetzung friedlicher Proteste der Anti-Atomkraft-Bewegung oder Klimaaktivist\*innen mit Fackelmärschen an Privatadressen von Politiker\*innen. Insbesondere als ostdeutscher Landesverband ist es für uns inakzeptabel, die Diktatur in der DDR **zu verharmlosen und** mit der Politik der Bundes- und Landesregierung gleichzusetzen. Das gilt auch für Vergleiche, die unter der Herrschaft des Nationalsozialismus begangene Handlungen **billigen**, leugnen oder verharmlosen.

### Begründung

1. Es handelt sich bei der beschriebenen Gleichsetzung der politischen Systeme von DDR und BRD um nichts Anderes als Verharmlosung der SED-Diktatur. 2. Wurden tatsächlich irgendwo Nazi-Terrormaßnahmen gebilligt? Dann wäre es von Seiten der Schwurbler unlogisch, Nazivergleiche zu ziehen!

**Ä34** Rechtsextremist\*innen das Einfallstor verschließen: keine Instrumentalisierung der Pandemie zulassen

Antragsteller\*in: LAG Demokratie, Recht und Antifaschismus

Beschlussdatum: 17.03.2022

## Änderungsantrag zu V1

### **Von Zeile 2 bis 3 einfügen:**

Unangemeldete Versammlungen, bei denen konsequent gegen das Infektionsschutzgesetz und versammlungsrechtliche Auflagen, Gesetze und Verordnungen verstoßen wird, richten sich nur vermeintlich gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie. Den Initiator\*innen geht es um etwas anderes. Zum Teil sind es die gleichen Akteure, welche seit Jahren asylfeindliche Demonstrationen organisieren oder an diesen teilnehmen. Sie lehnen den Staat ab und heizen mit Widerstands-Rhetorik die Stimmung immer weiter an. Wer hier mitläuft, unterstützt die größte rechtsextreme Mobilisierung seit Jahrzehnten.

## Begründung

etwas genauere Erklärung.

## **Ä36** Rechtsextremist\*innen das Einfallstor verschließen: keine Instrumentalisierung der Pandemie zulassen

Antragsteller\*in: LAG Demokratie, Recht und Antifaschismus

Beschlussdatum: 17.03.2022

### Änderungsantrag zu V1

#### **In Zeile 18:**

Wir wollen **bürgerliches** zivilgesellschaftliches und demokratisches Engagement nachhaltig fördern und damit dauerhafte und verlässliche Rahmenbedingungen schaffen. Das Land Brandenburg soll sich im Bundesrat dafür einsetzen, zivilgesellschaftliches Engagement als gemeinnützig anzuerkennen.

#### **Begründung**

Das Wort "bürgerlich" wird bereits gern im Zusammenhang mit den Coronaprotesten und den sogenannten "Spaziergängen" genutzt. Aus diesem Grund sollte es umbenannt werden.

**Ä37** Rechtsextremist\*innen das Einfallstor verschließen: keine Instrumentalisierung der Pandemie zulassen

Antragsteller\*in: Barbara Domke (KV Cottbus)

## Änderungsantrag zu V1

### **In Zeile 16 einfügen:**

Wir wollen und müssen die demokratische Resilienz unserer Gesellschaft stärken, um sie nachhaltig vor rechtsextremen Bedrohungen zu schützen. Dafür schaffen wir eine Kultur und Umwelt, in der die Verfassungstreue ihrer Mitglieder und Institutionen nicht nur formell anerkannt, sondern gelebt wird.



**Ä39** Rechtsextremist\*innen das Einfallstor verschließen: keine Instrumentalisierung der Pandemie zulassen

Antragsteller\*in: Barbara Domke (KV Cottbus)

## Änderungsantrag zu V1

### **In Zeile 17 einfügen:**

Wir wollen einen niedrigschwelligen, selbstbestimmten Zugang zu politischer Bildung. Dabei sollen demokratische Kompetenzen vermittelt werden, die über eine reine Institutionenkunde hinausgehen. Darüber hinaus wollen wir Beratungsangebote gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit einschließlich der Opferberatung stärken und verstetigen. Projekt-finanzierte Angebote dürfen nur die Ausnahme und nicht die Regel sein.

**Ä1** Brandenburg 2030: Mit 100% erneuerbare Energien zu wirtschaftlicher Stärke, lebenswerter Umwelt und stabilen Preisen

Antragsteller\*in: Robert Funke (KV Barnim)

## Änderungsantrag zu V2

### In Zeile 1:

Es ist deutlich wie nie, wir müssen unsere Energiepolitik klar und konsequent neu ausrichten: komplett raus aus der Abhängigkeit der immer teurer und unzuverlässiger werdenden fossilen Energieträger. ~~Wir Brandenburger\*innen finanzieren mit~~ Mit unserer fossilen Energierechnung ~~nicht nur die Klimaschäden mit, von denen~~ finanzieren wir die Klimaschäden, die auch uns in Brandenburg ~~durch ausgetrocknete Böden und Flüsse, Überschwemmungen sowie Stürme besonders~~ hart ~~getroffen sind~~ treffen. Wir versetzen dadurch auch autokratische Lieferländer wie Russland finanziell in die Lage schreckliche Angriffskriege zu führen. Stattdessen müssen wir rein in eine 100% Versorgung durch erneuerbare Energien, denn sie sind a) klimafreundlich, sie werden b) immer billiger günstiger, c) sie stehen überall bei uns vor Ort zur Verfügung und d) schaffen regional zukunftsfeste Wertschöpfungsketten.

### Begründung

Halb-redaktionelle Anpassung, nicht nur wir Brandenburger\*innen zahlen die Energierechnung.

### Unterstützer\*innen

Julian Reimann (KV Barnim); Steffi Bernsee (KV Barnim); Ken Gericke (KV Potsdam); Gustav Voge (KV Barnim); Florian Winkler (KV Uckermark); Aaron Paule (KV Barnim); Heinz-Herwig Mascher

**Ä2** Brandenburg 2030: Mit 100% erneuerbare Energien zu wirtschaftlicher Stärke, lebenswerter Umwelt und stabilen Preisen

Antragsteller\*in: Robert Funke (KV Barnim)

## Änderungsantrag zu V2

### Von Zeile 2 bis 3:

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Brandenburg ist klar, dass wir ~~2035~~ in Brandenburg **spätestens 2035** klimaneutral sein müssen. Das ist auch nur folgerichtig, denn die Ausgangslage hat sich in den letzten Jahren dramatisch verändert. Wir haben global nicht mehr bis 2050 Zeit die Temperatur auf 1,5 Grad zu begrenzen, um die Klimakatastrophe abzuwenden, die Vegetationszonen deutlich verschiebt, Menschen zur Flucht zwingt und eine steigende Anzahl von Regionen durch Trockenheit, Überschwemmungen oder starken Temperaturschwankungen unbewohnbar macht. Der 6. Weltklimabericht hat im Sommer 2021 deutlich gemacht, dass nach aktuellem Pfad der Treibhausgasemissionen, die 1,5 Grad Grenze bereits in den frühen 2030er Jahren überschritten wird. Wenn wir zusätzlich das Bundesverfassungsgerichtsurteil zum Klimaschutz von 2021 ernst nehmen und das Bekenntnis unserer Landesregierung zu den Pariser Klimazielen (Koalitionsvertrag 2019), dann müssen wir uns in Brandenburg der Verantwortung stellen und unsere Energieversorgung bis 2030 auf 100% erneuerbare Energien umstellen.

### Unterstützer\*innen

Julian Reimann (KV Barnim); Steffi Bernsee (KV Barnim); Ken Gericke (KV Potsdam); Gustav Voge (KV Barnim); Florian Winkler (KV Uckermark); Charlotte Unnerstall (KV Teltow-Fläming); Heinz-Herwig Mascher; Maximilian Kowol (KV Ostprignitz-Ruppin); Till Ratzeburg (KV Havelland)

**Ä3** Brandenburg 2030: Mit 100% erneuerbare Energien zu wirtschaftlicher Stärke, lebenswerter Umwelt und stabilen Preisen

Antragsteller\*in: Robert Funke (KV Barnim)

## Änderungsantrag zu V2

### In Zeile 31:

Brandenburg soll eine Klimakampagne starten, um die Bürger\*innen auf dem Weg zu 100% erneuerbaren Energien mitzunehmen. ~~Sie sollen motiviert werden, in erneuerbare Energien zu investieren, um die Ziele der Klimaneutralität gemeinsam zu erreichen.~~ Dabei soll auch das Ziel verfolgt werden, private Investitionen auf erneuerbare Energien auszurichten.

## Begründung

Nicht jede\*r kann sich eine Photovoltaik-Anlage leisten :)

## Unterstützer\*innen

Julian Reimann (KV Barnim); Steffi Bernsee (KV Barnim); Ken Gericke (KV Potsdam); Gustav Voge (KV Barnim); Aaron Paule (KV Barnim)

**Ä9** Brandenburg 2030: Mit 100% erneuerbare Energien zu wirtschaftlicher Stärke, lebenswerter Umwelt und stabilen Preisen

Antragsteller\*in: Aaron Paule (KV Barnim)

## Änderungsantrag zu V2

### In Zeile 31:

Brandenburg soll eine Klimakampagne starten, um die Bürger\*innen auf dem Weg zu 100% erneuerbaren Energien mitzunehmen. ~~Sie sollen motiviert werden, in erneuerbare Energien zu investieren, um die Ziele der Klimaneutralität gemeinsam zu erreichen.~~ Dabei sollen Privatinvestitionen von Bürgern in regenerative Energien gefördert werden. Ein Beispiel für solche Investitionen sind kommunale Windparks. So kann die Akzeptanz für die Energiewende gesteigert werden und das Ziel der Klimaneutralität gemeinsam erreicht werden.

### Begründung

Konkretisieren Bürger\*innen Investitionen

**Ä41** Brandenburg 2030: Mit 100% erneuerbare Energien zu wirtschaftlicher Stärke, lebenswerter Umwelt und stabilen Preisen

Antragsteller\*in: Heribert Heyden (KV Potsdam-Mittelmark)

## Änderungsantrag zu V2

### In Zeile 7 einfügen:

- **Auch klimabedingt können fossile Energien nur noch teurer werden:** Die steigenden CO<sub>2</sub>-Preise verlagern die immer weiter steigenden Folgekosten fossiler Energien von der Zukunft in die Gegenwart. Das ist auch richtig so, denn die Kosten, die vor allem die Allgemeinheit aktuell durch die immer größeren Klimaschäden trägt, müssen wir heute über eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung direkt zahlen. Dadurch wird fossile Energie deutlich teurer, was Verbraucher\*innen direkt im Geldbeutel spüren. Dies trifft insbesondere Menschen mit geringem Einkommen oder in Grundsicherung. Wer weiterhin auf Kohlestrom und andere fossile Energiequellen setzt, verstärkt soziale Ungleichheit. Im Gegensatz dazu wirkt der Ausbau erneuerbarer Energien preissenkend und der Strom ist im Vergleich zu fossilem Strom günstiger. Dieser Vorteil muss auch bei den Verbraucher\*innen zeitnah ankommen.

### Begründung

Diese möglichen Entlastungen dürfen nicht in die Zukunft verschoben werden (siehe Ernergiegeld)

**Ä46** Brandenburg 2030: Mit 100% erneuerbare Energien zu wirtschaftlicher Stärke, lebenswerter Umwelt und stabilen Preisen

Antragsteller\*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 18.03.2022

## Änderungsantrag zu V2

### Von Zeile 20 bis 21 einfügen:

Aufbruch erneuerbare Energien im Bund und in Brandenburg Rückenwind für einen beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren kommt durch die Bundesebene. Wir begrüßen, dass mit der angedachten EEG-Novelle bis 2035 der Strom nahezu vollständig aus Erneuerbaren kommen soll und nicht wie im alten EEG angedacht irgendwann vor 2050. Bis 2030 sollen bundesweit 80 Prozent des Stromverbrauchs Erneuerbar sein, dieses Ziel sichert dann auch einen Kohleausstieg 2030 ab. Als Flächenland Brandenburg haben wir günstigere Bedingungen für den Ausbau von Erneuerbaren, daher können und wollen wir noch mehr ausbauen als vom Bund vorgegeben und so den bundesweiten Ausbau beschleunigen und unterstützen. In Brandenburg streben wir daher 100% erneuerbare Energien schon bis 2030 an.

Diese Ziele sind nur durch eine Beschleunigung der Planung erreichbar, daher ist es richtig, dass im EEG künftig verankert werden soll, dass die Nutzung erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse liegt und der öffentlichen Sicherheit dient. Dieses Ziel gilt selbstverständlich auch für uns in Brandenburg.

Für Ostdeutschland und Brandenburg ist bei der anstehenden EEG Novelle besonders wichtig, dass:

- bei Freiflächenanlagen, landwirtschaftliche & energiewirtschaftliche Belange mit dem Naturschutz in Einklang gebracht werden und dafür insbesondere „Agri-PV“ und -Parkplatz-PV dauerhafte Perspektiven erhalten.
- Bürger\*Innenenergie erleichtert und bis zu einer Größenordnung von 18 MW bei Wind und 6 MW bei Solar von Ausschreibungen ausgenommen werden.
- die finanzielle Beteiligung der Kommunen ausgeweitet wird. Bereits bei bestehenden Windenergieanlagen an Land und Freiflächenanlagen sollen künftig Kommunen finanziell beteiligt werden können.
- die Dekarbonisierung der Wärmenetze in den Brandenburger Städten zügig, durch eine verbesserte Förderung von Wärmepumpen, vorangebracht wird. Dies ist insbesondere in Ostdeutschland notwendig, weil in vielen kleinen und mittleren Städte Wärmenetze noch aus DDR-Zeiten existieren, die für die Dekarbonisierung der Wärmeversorgung genutzt werden können, z.B. mit abgeregeltem Windstrom.

Die zügige Umsetzung dieser Maßnahmen auf Bundesebene wird die Energiewende in Brandenburg beflügeln.

## **V3 modifiziert** Guter Austausch – Debatten für die Zukunft aufgestellt Kommunikation und Debatten im Landesverband Brandenburg gemeinsam weiterentwickeln

Antragsteller\*in: Lavo+Strukturkommission

Beschlussdatum: 23.02.2022

### Änderungsantrag zu V3

#### **Von Zeile 1 bis 4:**

~~Varianteabstimmung 1. Die LDK möge beschließen, für die innerparteilichen Debatten unter den Mitgliedern ab 01.04.2022 das Grüne Forum (discourse) zu nutzen. Für eine bessere und strukturierte Beteiligungsmöglichkeit aller Mitglieder und nachvollziehbare Diskussion auch zwischen den Versammlungen, bietet dieses grüne Werkzeug angemessene Möglichkeiten. Die E-Mailliste „Debattenliste“ wird in den Lesemodus und nach der Umstellungsphase zum 31.05.2022 abgeschaltet. oder Variante 2. [Zeilenumbruch]~~

Die LDK möge beschließen, für die innerparteilichen Debatten unter den Mitgliedern ab 01.04.2022 das Grüne Forum (discourse) zu nutzen. Für eine bessere und strukturierte Beteiligungsmöglichkeit aller Mitglieder und nachvollziehbare Diskussion auch zwischen den Versammlungen, bietet dieses grüne Werkzeug angemessene Möglichkeiten. Die E-Mailliste „Debattenliste“ wird nach der – beide Kommunikationswege nutzbaren – moderierten Übergangsphase zum 31.07.2022 abgeschaltet.

Die Moderation erfolgt über ein ehrenamtliches Moderationsteam, Sanktionen werden in der Übergangsphase durch das Team der Landesgeschäftsstelle ausgesprochen. Das Team der Landesgeschäftsstelle baut das ehrenamtliche Moderationsteam auf, bietet Moderationsschulungen an und schafft Möglichkeit zum Austausch.

Der Landesverband organisiert bis zur Herbst-LDK Schulungsveranstaltungen, damit alle in der Partei Organisierten eine Einführung in das neue System erhalten und bis November die Fähigkeit zur Benutzung der neuen Tools erwerben können.



**Ä6** Guter Austausch – Debatten für die Zukunft aufgestellt Kommunikation und Debatten im Landesverband Brandenburg gemeinsam weiterentwickeln

Antragsteller\*in: Florian Winkler

## **Änderungsantrag zu V3**

Die LDK möge beschließen, für die innerparteilichen Debatten unter den Mitgliedern das Grüne Forum (discourse) zu nutzen. Für eine bessere und strukturierte Beteiligungsmöglichkeit aller Mitglieder und nachvollziehbare Diskussion auch zwischen den Versammlungen, bietet dieses grüne Werkzeug angemessene Möglichkeiten. Alle E-Maillisten werden in den Lesemodus versetzt und nach der Umstellungsphase abgeschaltet.

Der Termin der Umstellung wird durch die Landesgeschäftsstelle bestimmt und allen Mitgliedern im Vorfeld mitgeteilt. Der späteste Termin ist der 31.05.2022.

## **Begründung**

Was für die "Debattenliste" gilt, gilt auch für alle anderen Mailinglisten des Landesverbands. Warum also nicht auch diesen Zopf konsequent abschneiden. Ein System weniger, um das man sich kümmern muss.

## **Unterstützer\*innen**

Ken Gericke (KV Potsdam)

**Ä7** Guter Austausch – Debatten für die Zukunft aufgestellt Kommunikation und Debatten im Landesverband Brandenburg gemeinsam weiterentwickeln

Antragsteller\*in: Sebastian Koeppen

## Änderungsantrag zu V3

### Von Zeile 1 bis 4:

~~Variantenabstimmung 1.~~ Die LDK möge beschließen, für die innerparteilichen Debatten unter den Mitgliedern ab 01.04.2022 auch das Grüne Forum (discourse) zu nutzen. Für eine bessere gute und strukturierte Beteiligungsmöglichkeit aller Mitglieder und nachvollziehbare Diskussion auch zwischen den Versammlungen, bietet dieses grüne Werkzeug angemessene Möglichkeiten. ~~Die E-Mailliste „Debattenliste“ wird in den Lesemodus und nach der Umstellungsphase~~ Bis zum 31.05.12.2022 abgeschaltet laufen das Grüne Forum (discourse) und die E-Mailliste „Debattenliste“ parallel. Anschließend findet eine Evaluation der beiden Diskussionskanäle statt. Auf der Frühjahrs-LDK 2023 soll entscheiden werden, welches System weiter genutzt werden soll (mit der Möglichkeit beide fortzuführen). [Zeilenumbruch]

~~oder 2. Die LDK möge beschließen, für die innerparteilichen Debatten unter den Mitgliedern ab 01.04.2022 das Grüne Forum (discourse) zu nutzen. Für eine bessere und strukturierte Beteiligungsmöglichkeit aller Mitglieder und nachvollziehbare Diskussion auch zwischen den Versammlungen, bietet dieses grüne Werkzeug angemessene Möglichkeiten. Die E-Mailliste „Debattenliste“ wird nach der – beide Kommunikationswege nutzbaren – moderierten Übergangsphase zum 31.07.2022 abgeschaltet.~~

### Begründung

Die Probleme und Nachteile der bisherigen „Debattenliste“ sind bekannt. Eine Schließung zum 31. Mai bzw. 31. Juli ist für die innerparteiliche Diskussion dennoch nicht hilfreich, sondern würgt diese ab. Auch wenn die Zahlen rückläufig sind, sind dennoch im Moment 400 Mitglieder angemeldet. Im neuen vorgeschlagenen Blogsystem (discourse) gibt es nur 2 Diskussionen aus 2022. Daher ist es sinnvoll bis Ende 2022 beide Systeme parallel laufen zu lassen und anschließend zu evaluieren.

### Unterstützer\*innen

Ken Gericke (KV Potsdam); Immanuel Zirkler (KV Ostprignitz-Ruppin); Stefan Schneider (KV Potsdam); Petra Helga Bajorat-Kollegger (KV Oberhavel); Susanne Mosch (KV Oberhavel); Josef Reitemann (KV Märkisch-Oderland)

**Ä7NEU** Guter Austausch – Debatten für die Zukunft aufgestellt Kommunikation und Debatten im Landesverband Brandenburg gemeinsam weiterentwickeln

Antragsteller\*in: Sebastian Koeppen (KV Dahme-Spreewald)

## Änderungsantrag zu V3

### Von Zeile 0 bis 1 einfügen:

#### Modifizierte Variante Sebastian Koeppen

Die Nutzung des Grünen Forums und die E-Mailliste "Debattenliste" wird moderiert weitergeführt. Die Moderation wird von 3-5 Freiwilligen übernommen. Bis zum 31.12.2022 laufen das Grüne Forum (discourse) und die E-Mailliste "Debattenliste" parallel. Im Oktober findet eine Evaluation der beiden Diskussionkanäle durch die Strukturkommission statt. Auf der Herbst-LDK 2022 soll entschieden werden, welches System weiter genutzt werden soll (mit der Möglichkeit beide fortzuführen).

Die Moderation erfolgt über ein ehrenamtliches Moderationsteam, Sanktionen werden in der Übergangsphase durch das Team der Landesgeschäftsstelle ausgesprochen. Das Team der Landesgeschäftsstelle baut das ehrenamtliche Moderationsteam auf, bietet Moderationsschulungen und schafft Möglichkeiten zum Austausch.

Der Landesverband organisiert bis zur Herbst-LDK Schulungsveranstaltungen, damit alle in der Partei Organisierten eine Einführung in das neue System erhalten bis November die Fähigkeit zur benutzung der neuen Tools erwerben können.

#### Ursprungs-ÄA Sebastian Koeppen:

### In Zeile 4 löschen:

~~2. Die LDK möge beschließen, für die innerparteilichen Debatten unter den Mitgliedern ab 01.04.2022 das Grüne Forum (discourse) zu nutzen. Für eine bessere und strukturierte Beteiligungsmöglichkeit aller Mitglieder und nachvollziehbare Diskussion auch zwischen den Versammlungen, bietet dieses grüne Werkzeug angemessene Möglichkeiten. Die E-Mailliste „Debattenliste“ wird nach der — beide Kommunikationswege nutzbaren — moderierten Übergangsphase zum 31.07.2022 abgeschaltet.~~

## Begründung

Die Probleme und Nachteile der bisherigen „Debattenliste“ sind bekannt. Eine Schließung zum 31. Mai bzw. 31. Juli ist für die innerparteiliche Diskussion dennoch nicht hilfreich, sondern würgt diese ab. Auch wenn die Zahlen rückläufig sind, sind dennoch im Moment 400 Mitglieder angemeldet. Im neuen vorgeschlagenen Blogsystem (discourse) gibt es nur 2 Diskussionen aus 2022. Daher ist es sinnvoll bis Ende 2022 beide Systeme parallel laufen zu lassen und anschließend zu evaluieren.

**Ä8** Guter Austausch – Debatten für die Zukunft aufgestellt Kommunikation und Debatten im Landesverband Brandenburg gemeinsam weiterentwickeln

Antragsteller\*in: Stefan Brandes (KV Oder-Spree)

## Änderungsantrag zu V3

### Von Zeile 1 bis 4:

~~Varianteabstimmung 1. Die LDK möge beschließen, für die innerparteilichen Debatten unter den Mitgliedern ab 01.04.2022 das Grüne Forum (discourse) zu nutzen. Für eine bessere und strukturierte Beteiligungsmöglichkeit aller Mitglieder und nachvollziehbare Diskussion auch zwischen den Versammlungen, bietet dieses grüne Werkzeug angemessene Möglichkeiten. Die E-Mailliste „Debattenliste“ wird in den Lesemodus und nach der Umstellungsphase zum 31.05.2022 abgeschaltet. oder 2. Die LDK möge beschließen, für die innerparteilichen Debatten unter den Mitgliedern ab 01.04.2022 auch das Grüne Forum (discourse) zu nutzen. Für eine besseregute und strukturierte Beteiligungsmöglichkeit aller Mitglieder und nachvollziehbare Diskussion auch zwischen den Versammlungen, bietet dieses grüne Werkzeug angemessene Möglichkeiten. Die E-Mailliste „Debattenliste“ wird nach der – beide Kommunikationswege nutzbaren – moderierten Übergangsphase zum 31.07.2022 moderiert weitergeführt. 2022 abgeschaltet Die Moderation wird von 3-5 Freiwilligen übernommen.~~

## Begründung

Die Debattenliste ist basisdemokratisch. Sie ist das einzige Medium, mit dem einfache Brandenburger Mitglieder eine große Zahl anderer erreichen können. Sie erreicht bis zu 400 Leute. Sicher nicht mit jeder Mail. Als Vergleich: der [Aufruf zur Diskussion im Grünen Forum](#) hatte in drei Wochen 38 Aufrufe. Die Debattenliste ist ein einfaches Medium. 400 sind sehr viele, prozentual mehr als wir regelmäßig in den Versammlungen sehen. Und es gibt viele, die nur ab und zu was schreiben oder fragen. Warum ist das so? Der große Unterschied ist, Mails sind „Push“. Du bekommst sie auf Dein Gerät geschoben, wenn Du auf der Liste stehst, und kannst dann entscheiden, ob Du sie liest und antwortest. Das geht auch am Telefon, in der Bahn und wenn Du grade kein Netz hast. Ein Forum ist „Pull“, da musst Du Dich aktiv einloggen, damit Du irgendwas siehst. Die Reichweite wird dort auf jeden Fall kleiner, allein durch die Art der Kommunikation. Außerdem grenzen wir ohne Not Gruppen aus, die nicht so internetaffin sind. Die Zusammenfassungen per Mail sind nur sehr begrenzt sinnvoll, weil da viel zu viele Themen in einer Mail zusammengefasst sind - bundesweit. Man sieht nicht mal richtig, worüber diskutiert wird - außer, man loggt sich doch wieder ein und nimmt den Medienbruch in Kauf. Die Debattenliste diskriminiert nicht. E-Mails kann jede und jeder empfangen, auch Menschen, die sich mit Internetforen nicht anfreunden können oder die nicht überall Netz haben. Sie lesen, wenn sie Zeit haben, und es lassen, wenn sie keine Zeit haben. Ja, manchmal ist der Ton rauh, besonders von männlichen Mailschreibern. Wir möchten die Kommunikation gewaltfrei halten, ohne die Landesgeschäftsstelle damit zu belasten, und haben deshalb eine Gruppe Freiwilliger gefunden (vier im Moment), die bereit sind, diese Menschen auf die Netiquette hinzuweisen und, wenn es sein muss, sie zu sanktionieren. Dass diese Methode funktioniert, haben wir in den letzten Monaten gesehen, die Umgangsformen haben sich deutlich verbessert. Ich finde, beide Medien haben ihre Berechtigung. Im Grünen Forum ist die Diskussion vielleicht strukturierter, aber heute deutlich weniger lebendig und vielfältig. Mailinglisten, die niemanden interessieren, schlafen ein. Lasst die Debattenliste leben und vielleicht irgendwann einschlafen, wenn sie sich wirklich überholt hat. Im Moment wird sie weiterhin gebraucht.

## Unterstützer\*innen

Joachim Hilburg (KV Potsdam-Mittelmark); Jörg Matthée (KV Prignitz); Petra Helga Bajorat-Kollegger (KV Oberhavel); Stefan Schneider (KV Potsdam); Ute Hannemann (KV Oder-Spree); Elke Seidel (KV Potsdam-Mittelmark); Ruth Wagner (KV Teltow-Fläming); Rainer Still (KV Prignitz)

**Ä10** Guter Austausch – Debatten für die Zukunft aufgestellt Kommunikation und Debatten im Landesverband Brandenburg gemeinsam weiterentwickeln

Antragsteller\*in: Heinz-Herwig Mascher

## Änderungsantrag zu V3

Antrag zur Tagesordnung

Der Antrag V3 wird auf dieser LDK nicht behandelt und auf die LDK im November vertagt. Der Landesverband organisiert bis dahin Schulungsveranstaltungen, damit alle in der Partei Organisierten eine Einführung in das neue System erhalten und bis November die Fähigkeit zur Benutzung der neuen Tools erwerben können.

## Begründung

Die umfangreiche Diskussion auf der Debattenliste zeigt einen tiefen Graben zwischen überzeugten NutzerInnen der Debattenliste und vor allem jüngeren und/oder hauptamtlich für die Partei tätigen Grünen auf. Eine große Zahl Grüner kennt die neuen Tools nicht. Von daher würde eine schnelle Umstellung etliche überfordern. Neben der technischen Beherrschung muß zudem aber auch eine Einübung neuer Gewohnheiten vor allem für Ehrenamtler gewahrt sein. Ich persönlich fühle mich auch fachlich gar nicht in der Lage, jetzt darüber sachgerecht zu entscheiden, weil ich discourse noch nie nutzte und es somit nicht beherrsche (wo finde ich welche Information? usw.). Daher ist die Entscheidung für ein neues Werkzeug erst möglich, wenn alle Interessierten die Möglichkeit zum Sammeln von Know-how und Erfahrungen hatten.

**Ä16** Guter Austausch – Debatten für die Zukunft aufgestellt Kommunikation und Debatten im Landesverband Brandenburg gemeinsam weiterentwickeln

Antragsteller\*in: Stefan Schneider (KV Potsdam)

## Änderungsantrag zu V3

### In Zeile 4 einfügen:

2. Die LDK möge beschließen, für die innerparteilichen Debatten unter den Mitgliedern ab 01.04.2022 das Grüne Forum (discourse) zu nutzen. Für eine bessere und strukturierte Beteiligungsmöglichkeit aller Mitglieder und nachvollziehbare Diskussion auch zwischen den Versammlungen, bietet dieses grüne Werkzeug angemessene Möglichkeiten. Die E-Mailliste „Debattenliste“ wird nach der – beide Kommunikationswege nutzbaren – moderierten Übergangsphase zum 31.07.2022 abgeschaltet.

Moderation: Die Moderation wird von 3-5 Freiwilligen pro Diskussionsweg übernommen, die für zwei Jahre von der Landesdelegiertenkonferenz gewählt werden.

## Begründung

Wenn eine Moderation eingesetzt wird, kann es sein, dass persönliche oder politische Ansichten sich auf den Moderationsprozess auswirken. Deshalb soll den Mitgliedern ermöglicht werden auszuwählen, wer ihnen am geeignetsten für eine faire Moderation auf Basis unserer Werte, insbesondere der Netiquette, ist. Die Befristung soll dafür sorgen, dass die Rolle der Moderation, durch Rückmeldung der Mitglieder, sich nicht verselbstständigt.

## Unterstützer\*innen

Ken Gericke (KV Potsdam)

**Ä5** Dialog muß wieder Standard bei Planungsverfahren werden

Antragsteller\*in: Ken Gericke

## Änderungsantrag zu V4

### In Zeile 2:

~~Das~~Die Brandenburger Bündnisgrünen setzen sich dafür ein, dass das Plansicherstellungsgesetz (PlanSiG) ~~soll~~im Rahmen des laufenden Evaluationsprozesses auf Bundesebene beteiligungsfreundlicher ausgestaltet ~~werden~~wird: Wenn auf Grund gegebener Bedingungen Anhörungen in öffentlichen Versammlungen nicht möglich sind, sollen diese in der Regel in Form von Videokonferenzen durchgeführt werden. Rein schriftliche Verfahren wie die sogenannten „Online-Konsultationen“ können die dialogische Form der Anhörung in Präsenz bzw. als Videokonferenz nicht gleichwertig ersetzen.

### Begründung

Das PlanSiG\* - Gesetz zur Sicherstellung ordnungsgemäßer Planungs- und Genehmigungsverfahren während der COVID-19-Pandemie\* - ist ein Bundesgesetz, welches mit Zustimmung des Bundesrates beschlossen wurde. Die Regelungen der §§ 1 bis 5 des PlanSiG, welche sich auf die gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligungsprozesse in verschiedenen Planungs- und Zulassungsverfahren auswirken laufen zum 31. Dezember 2022 aus. Momentan läuft auf Bundesebene ein Evaluationsprozess, um zu überprüfen, welche Regelungen des PlanSiG in das Dauerrecht übernommen werden können. Nur in diesen Evaluationsprozess können die Brandenburger Bündnisgrünen sich einbringen. Abweichende Regelungen oder eine abweichende Handhabung der bundesgesetzlichen Regelungen im Land Brandenburg sind nicht möglich und würden im Zweifelsfall dazu führen, dass die betreffenden Verfahren gerichtlich angreifbar werden.

### Unterstützer\*innen

Florian Winkler (KV Uckermark); Axel Vogel (KV Barnim); Till Ratzeburg (KV Havelland)



## Ä20 Rückenwind für Inklusion: Jedes Kind hat das Menschenrecht auf inklusive Bildung

Antragsteller\*in: Marie Liebig (KV Barnim)

### Änderungsantrag zu V5

#### Von Zeile 6 bis 8:

Inklusion geht weit über das gemeinsame Lernen von Schüler\*innen mit und ohne sonderpädagogischem Förderbedarf hinaus, sondern gründet vielmehr auf einer Haltung der Anerkennung und bejahenden Wertschätzung von Diversität als Ressource für gesellschaftliche Entwicklung. Inklusiver Unterricht bedeutet die individuelle Förderung jedes Kindes.

Brandenburg hat 2009 damit begonnen, Schulen inklusiv zu gestalten. Vieles ist auf halber Strecke steckengeblieben. In den Corona-Jahren kam es zum Stillstand, ja, mancherorts wurde das Rad eher zurückgedreht. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen neuen Schwung nehmen und den inklusiven Ansatz verwirklichen. Denn Inklusion kann es nicht halb geben: Jeder Mensch hat das Recht auf gemeinsames Lernen und auf eine ihm/ihr angemessene Förderung. Zurzeit besuchen jedoch nur ca. die Hälfte der Schüler\*innen mit besonderem Förderbedarf eine Regelschule. Vor allem sind es Die meisten Kinder und Jugendlichen, die Schüler\*innen mit inklusiv beschult werden, wurden den sonderpädagogischen Förderbedarfen Lernen, Sprache und emotional-soziale Entwicklung zugeteilt. Schüler\*innen, die einend Förderbedarf geistige in geistiger Entwicklung, körperlich-motorischer Entwicklung, Autismus, Sehen oder Hören zugeschrieben bekommen haben, werden seltener inklusiv fast ausschließlich in Förderschulen beschult. Von einem inklusivem Bildungssystem sind wir also weit entfernt. Unser Ziel ist es, eines Tages auf ein Schubladendenken in Gänze verzichten zu können und jedes Kind in seiner Individualität und nach seinen Bedürfnissen zu fördern.

## **Ä21** Rückenwind für Inklusion: Jedes Kind hat das Menschenrecht auf inklusive Bildung

Antragsteller\*in: Marie Liebig (KV Barnim)

### Änderungsantrag zu V5

#### **Von Zeile 11 bis 12:**

Seit dem Schuljahr 2020/21 nehmen in Brandenburg 238 Schulen (166 Grundschulen, 29 Oberschulen, 6 Gesamtschulen und 7 Oberstufenzentren (OSZ) sowie 23 Schulzentren) teil am Landesprogramm „Schulen für gemeinsames Lernen“. Das ist ein Viertel der 923 Brandenburger Schulen. Das bedeutet aber auch: Dreiviertel der Schulen erhalten für Schüler\*innen mit entsprechenden Bedarfen eine ausschließlich kindbezogene Förderung personeller, sächlicher sowie räumlicher Ressourcen. Es stellt sich hier die Frage, ob es wirklich die inklusive Beschulung ist, die zunimmt, oder die Einteilung in die sonderpädagogischen Förderbereiche. Inklusion in der Bildung setzt ~~aber~~ voraus, dass alle Schulen ein Konzept zur Inklusion entwickeln und umsetzen.

Das Landesprogramm „Schulen für gemeinsames Lernen“ setzt wichtige Signale, aber in den Pandemie Jahren kamen keine Schulen mehr hinzu. Jetzt braucht das Programm dringend neuen Schwung.

#### **Begründung**

als Ergänzung zu Jannys Änderungsantrag

## **Ä22** Rückenwind für Inklusion: Jedes Kind hat das Menschenrecht auf inklusive Bildung

Antragsteller\*in: Marie Liebig (KV Barnim)

### Änderungsantrag zu V5

#### **Von Zeile 17 bis 18 löschen:**

Inklusion betrifft die ganze Gesellschaft – und das gesamte Bildungssystem. Bislang gehen jedoch die Brandenburger Gymnasien einen Sonderweg, der den inklusiven Ansatz konterkariert. Lerndifferenzierter Unterricht an Gymnasien ist zwar bereits jetzt möglich in Brandenburg, wird jedoch kaum umgesetzt. Die pädagogischen Konzepte, Ausstattungen und räumlichen Gegebenheiten auch an Gymnasien sollen jedoch so weiterentwickelt werden, dass diese in der Lage sind, inklusiv zu arbeiten. ~~Denn: Inklusion ist in erster Linie eine Frage der pädagogischen Haltung und in zweiter Linie die Frage der Ressourcen.~~

Erzwungene Inklusion birgt Risiken, deshalb sollten Gymnasien durch Ressourcenzuweisung und Unterstützung gewonnen werden, ihr pädagogisches Portfolio zu öffnen. Deshalb fordern wir Modellprojekte, die zeigen, wie es gehen kann.

#### **Begründung**

Inklusive Beschulung hängt nicht von der Haltung einzelner Lehrkräfte ab, sondern der Weg zur Inklusion muss politisch und strukturell bestritten werden.

## **Ä23** Rückenwind für Inklusion: Jedes Kind hat das Menschenrecht auf inklusive Bildung

Antragsteller\*in: Steffi Bernsee (KV Barnim)

### Änderungsantrag zu V5

#### **In Zeile 21:**

Inklusion kann nur gelingen, wenn sich die Schule den Lernenden anpasst – und nicht umgekehrt. Die Kinder und Jugendlichen kommen in ihrer Vielfalt mit extrem unterschiedlichen Ausgangslagen und Bedürfnissen an die Schulen. Lehrkräfte brauchen die Freiheit, Flexibilität und die Ressourcen, sich auf ihre Schüler\*innen einzustellen. Eine wichtige Bedingung dafür ist es, dass Menschen unterschiedlicher Professionen zusammenarbeiten zum Wohl aller Schüler\*innen. Neben den Lehrkräften sind dies zum Beispiel Erzieher\*innen, Sozialarbeiter\*innen, Therapeut\*innen, Gesundheitskräfte, Psycholog\*innen. Teamarbeit ~~soll~~muss selbstverständlich sein. Dafür müssen Voraussetzungen geschaffen werden: Zeit für Teambesprechungen, Räume für Gespräche, Therapien etc.

## **Ä24** Rückenwind für Inklusion: Jedes Kind hat das Menschenrecht auf inklusive Bildung

Antragsteller\*in: Steffi Bernsee (KV Barnim)

### Änderungsantrag zu V5

#### Nach Zeile 25 einfügen:

- Es müssen genügend personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, dass alle genehmigten Fördermaßnahmen im vollem Umfang stattfinden können.

#### Begründung

Aktuell fallen Fördermaßnahmen häufig aus, weil die entsprechende Lehrkraft stattdessen Vertretungsunterricht in einer anderen Klasse macht und keine Krankheitsvertretung hat.

#### Unterstützer\*innen

Florian Winkler (KV Uckermark)

## Ä25 Rückenwind für Inklusion: Jedes Kind hat das Menschenrecht auf inklusive Bildung

Antragsteller\*in: Steffi Bernsee (KV Barnim)

### Änderungsantrag zu V5

#### In Zeile 29:

- ~~BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schlagen vor, die~~ Die wissenschaftliche Erforschung anderer Prüfungsformate und einer neuen, konstruktiven Form der Lernbegleitung ~~zu fördern~~ muss gefördert werden.

#### Begründung

Umformulierung zu mehr Schlagkraft

## **Ä26** Rückenwind für Inklusion: Jedes Kind hat das Menschenrecht auf inklusive Bildung

Antragsteller\*in: Steffi Bernsee (KV Barnim)

### Änderungsantrag zu V5

#### **Von Zeile 32 bis 33:**

Ganze Tage an den Schulen sollen mehr bieten als Betreuung. Inklusiv kann der Ganzttag nur werden, wenn auf Bedürfnisse aller Rücksicht genommen wird. Schüler\*innen brauchen - im Einzelfall - auch über das 6. Schuljahr hinaus eine an die Schule angebundene, ganztägige Betreuung. Die Standards für die Ganztagschule wollen wir hoch ansetzen: Kinder und Jugendliche, die ganze Tage an den Schulen verbringen, brauchen Platz, Ruhe, Bildung, Abenteuer, Sport, Spiel, musische Angebote, Rückzug und Ansprechpartner\*innen. Wer hier spart, beschneidet junge Menschen in der Entfaltung ihrer Persönlichkeit. Der Blick auf das Lernen muss erweitert werden: formelles und informelles Lernen müssen den gleichen Stellenwert in der Betrachtung des Ganztages erhalten. Lebenspraktisches, soziales und theoretisches Lernen müssen durch ein gemeinsames Curriculum verzahnt werden. Hier bieten sich große Chancen für eine inklusive Organisation der Schule mit starken Beteiligungsmöglichkeiten **bis hin zur Selbstbestimmung** für alle Schüler:innen.

## **Ä27** Rückenwind für Inklusion: Jedes Kind hat das Menschenrecht auf inklusive Bildung

Antragsteller\*in: Steffi Bernsee (KV Barnim)

### Änderungsantrag zu V5

#### In Zeile 35:

- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ~~schlagen vor, einen für~~ fordern die Festlegung eines für Brandenburg geltenden „Qualitätsrahmen Ganztag“ ~~festzulegen~~, der an den bundesweit formulierten Standards ansetzt. Dieser muss für alle Schulformen gelten.



## Ä28 Rückenwind für Inklusion: Jedes Kind hat das Menschenrecht auf inklusive Bildung

Antragsteller\*in: Steffi Bernsee (KV Barnim)

### Änderungsantrag zu V5

#### In Zeile 37:

- ~~Der Landtag soll den Betreuungsbedarf von Schüler\*innen (z.B. mit Förderbedarf geistige Entwicklung) ermitteln und für diese Kinder und Jugendliche echte Teilhabe durch ganztägige Förderung auch in den Ferien gewährleisten. Dieser Betreuungsanspruch kann entweder im Kita- oder im Teilhabegesetz verankert werden.~~
- Die Betreuung von Schüler\*innen, auch mit Förderbedarf muss durch ganztägige Förderung auch in den Ferien gewährleistet sein. Die Zuständigkeiten der Finanzierung von Hort- und Ferienbetreuung müssen klar definiert und festgeschrieben werden.

#### Begründung

gerade sind Finanzierungen nur mit "kann"-Formulierungen verankert, so dass Zuständigkeiten hin und her geschoben werden

## Ä29 Rückenwind für Inklusion: Jedes Kind hat das Menschenrecht auf inklusive Bildung

Antragsteller\*in: Marie Liebig (KV Barnim)

### Änderungsantrag zu V5

#### Von Zeile 42 bis 43:

- ~~Das Land setzt die bereitstehenden Mittel ein, um das Fortbildungscurriculum „Gemeinsames Lernen in der Schule“ flächendeckend für alle Lehrer\*innen regelmäßig anzubieten.~~
- Das Land setzt die bereitstehenden Mittel ein, um das Fortbildungscurriculum „Gemeinsames Lernen in der Schule“ flächendeckend für alle Lehrer\*innen regelmäßig anzubieten. Die Formate der Fortbildungen müssen als Veranstaltungen in den Schulen entwickelt und entsprechende Ressourcen für Lehrer\*innen (Unterrichtszeiten) und Schüler\*innen (Selbstlernkonzepte) bereitgestellt werden.

#### Begründung

Damit der inhaltliche Zusammenhang der Punkte deutlich wird.

## **Ä31** Rückenwind für Inklusion: Jedes Kind hat das Menschenrecht auf inklusive Bildung

Antragsteller\*in: GRÜNE JUGEND Brandenburg

Beschlussdatum: 17.03.2022

### Änderungsantrag zu V5

**In Zeile 19 löschen:**

- ~~BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern Modellprojekte für lernzieldifferentes Arbeiten an Gymnasien.~~

## **Ä32** Rückenwind für Inklusion: Jedes Kind hat das Menschenrecht auf inklusive Bildung

Antragsteller\*in: GRÜNE JUGEND Brandenburg

Beschlussdatum: 17.03.2022

### Änderungsantrag zu V5

In Zeile 16:

Gymnasien ~~für~~überwinden - Inklusion ~~gewinnen~~konsequent umsetzen

## Ä33 Rückenwind für Inklusion: Jedes Kind hat das Menschenrecht auf inklusive Bildung

Antragsteller\*in: GRÜNE JUGEND Brandenburg

Beschlussdatum: 17.03.2022

### Änderungsantrag zu V5

#### Von Zeile 3 bis 4:

Wie gerecht ist unsere Gesellschaft? Eine Antwort erhält, wer auf unsere Schulen und Kitas blickt. Denn dort erweist sich, in welchem Maße wir Chancengerechtigkeit und Solidarität verwirklichen. Der Befund ist ernüchternd: Nicht erst durch die Pandemie ist offenbar, dass unser Bildungssystem von dem Ideal eines inklusiven und sozial gerechten Zusammenlebens und Zusammenhaltens sehr weit entfernt ist. Je mehr wir uns auf die Bewältigung aktueller Krisen konzentrieren, um so eklatanter werden Risse und Verwerfungen im sozialen Gefüge. ~~Aus sozialen oder auch gesundheitlichen Gründen werden Benachteiligte immer weiter zurückgeworfen. Unser Bildungssystem wirkt in dieser Hinsicht~~Aufgrund von Klassismus, Ableismus und Rassismus werden Betroffene in unseren Bildungssystem strukturell benachteiligt. Unser Bildungssystem ist nach wie vor ausschließend und abwertend. Anstatt jungen Menschen und Familien Rückenwind zu geben, bremst es aus. Es ist Zeit, dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten und mit aller Kraft gegenzusteuern. Ein sozial gerechteres Bildungswesen fördert ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben. Dieser Antrag soll nächste Schritte aufzeigen auf dem Weg zu einer inklusiven und sozial gerechten Brandenburger Bildungslandschaft - trotz und gerade wegen einer seit zwei Jahren andauernden Pandemie.

## **Ä47NEU** "Tag der Befreiung" als Mahnung – Der 8. Mai muss Feiertag werden!

Antragsteller\*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 18.03.2022

### Änderungsantrag zu V7

#### **In Zeile 1:**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Brandenburg setzt sich für die Einführung des 8. Mai als jährlichen Feiertag zum "Tag der Befreiung" und eine entsprechende Änderung des Landesfeiertagsgesetzes ein. Dieser Feiertag soll der Erinnerung an die Opfer des NS-Regimes sowie der Mahnung zum stetigen antifaschistischen Handeln dienen, das nötig ist, um unsere Demokratie zu schützen. Außerdem unterstützt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Brandenburg die Forderung nach der Einführung eines bundeseinheitlichen, jährlichen Feiertages zum 8. Mai. Titel: Feiertage in Brandenburg

Die LDK setzt zur Initiierung eines Diskussionsprozesses eine AG "Feiertage in Brandenburg" unter der Leitung von Petra Budke ein. In diesen Diskussionsprozess fließt der Vorschlag den 8. Mai als Feiertag einzuführen mit ein. Ebenso werden weitere Vorschläge mit aufgegriffen wie z.B. den Frauentag, Kindertag oder Tag des Grundgesetzes. Im Ergebnis des Prozesses soll Klarheit darüber bestehen, welche zusätzlichen Feiertage auf Landesebene oder Bundesebene sinnvoll erscheinen und empfohlen werden. Am Ende dieses Prozesses wird der LDK ein Vorschlag zur Abstimmung vorgelegt.